

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 20.04.2020

Anfrage Nr.: 0031/2020/FZ
Anfrage von: Stadträtin Dr. Kaufmann
Anfragedatum: 18.03.2020

Betreff:

Freiwillige Aufnahme von Geflüchteten

Schriftliche Frage:

1. Haben Sie bereits Schritte eingeleitet, um auch in Heidelberg auf freiwilliger Basis kurzfristig Geflüchtete aus den griechischen Auffanglagern in prekären humanitären Situationen aufzunehmen?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn ja, welche Schritte haben Sie bereits eingeleitet? Sind diese Schritte ausreichend, um einen Beitrag zur Abhilfe zu schaffen?
4. Wie viele Plätze stehen zur Neuaufnahme in den Gemeinschaftsunterkünften, Anschlussunterkünften sowie den dezentralen Unterbringungen aktuell zur Verfügung?

Antwort:

Heidelberg ist angesichts der Notlage im Mittelmeer nach wie vor für eine schnelle und solidarische Aufnahmepolitik Deutschlands und deshalb auch bereit zur freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten, insbesondere auch zur Aufnahme von bis zu fünf Kindern aus den griechischen Flüchtlingslagern. Diese Bereitschaft hat der Oberbürgermeister im Auftrag des Gemeinderats wiederholt gegenüber Bund und Land signalisiert, jüngst auch erneut gegenüber dem Deutschen Städtetag.

Ob die Bundesrepublik Deutschland freiwillig Flüchtlinge aufnimmt, entscheidet jedoch der Bund; die rechtlichen Voraussetzungen hierfür sind auf Bundes- beziehungsweise Länderebene zu treffen.

In diesem Zusammenhang besteht ein laufender Austausch mit der Stadt Potsdam; bereits im Sommer 2019 hatte sich ein breites Bündnis von Städten gegründet, das seitdem stetig gewachsen ist und von Potsdam aus koordiniert wird.

Eine aktuelle Mitteilung aus Potsdam besagt, dass das Bundesinnenministerium auf entsprechende Nachfrage mitgeteilt hat, dass derzeit die operative Umsetzung im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Vorgehens in enger Absprache mit allen Beteiligten entwickelt werde; insgesamt 10 Mitgliedstaaten hätten sich bereit erklärt, Minderjährige aufzunehmen. Die Europäische Kommission sei in Gesprächen mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und Griechenland, um die operativen Abläufe zu

erörtern. Die Europäische Kommission sei jetzt auf Deutschland und die weiteren aufnahmebereiten Mitgliedstaaten zugegangen, um den Abstimmungsprozess zu finalisieren.

Gegebenenfalls ankommende Flüchtlinge werden dann über einen Verteilungsschlüssel an die Länder verteilt. Über die Weiterverteilung der Flüchtlinge nach Heidelberg entscheidet das Regierungspräsidium Karlsruhe. Insofern kann die Verwaltung zu konkreten Aufnahmezahlen derzeit keine Angaben machen.